

Berliner

Volks-Zeitung

mit täglichem Familienblatt und Illust. Sonntagsblatt

Telefon: Amt 1, Nr. 10111 - 10118. Filialen: Prinzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1-3, Kien 41-43, Fürstendammstr. 21 und 22, Prenzlauer Allee 10, Schulmeisterstr. 1-3, Schützenstr. 57, Köpenicker Str. 203, Rathenowerstr. 4, Potsdamerstr. 20, Leipzigerstr. 10, Schöneberg, Teckelstr. 5, Kottbusserstr. 4, Schützenstr. 10, Potsdamerstr. 10, Kottbusserstr. 59, Gross-Lichterfelde West, Carlstrasse 1-3, Lichtberg, Frankfurterstr. 12, Prenzlauer Allee, Fürstendammstr. 1, Flößlerstr. 1, Schöneberg, Hauptstr. 10, Tegeler, Berlinstr. 90, Weissensee, Köpenickerstr. 11, Wilmersdorf, Ullrichstr. 90/91. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Arbeitsblatt täglich auswärts; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreise für Gross-Berlin: 75 Pfennig monatlich (frei ins Haus), vierteljährlich Mark 2.25, halbjährlich Mark 4.25, jährlich Mark 8.00. Auswärts durch die Post monatlich Mark 0.80 und halbjährlich Mark 2.40. Inseratspreise für die Zeit: 10 Pfennig. Kleinanzeigen: 3 Pfennig. Kleinanzeigen das Wort 6 Pfennig, das feste Überschriftensatz 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jurastrasse 45-46. W. 11 Pfennig. Chredredaktion: Karl-Volstr. Berlin W.

Der Gluch der Unzulänglichkeiten.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Die sozialdemokratische Organisationsarbeit der Schweißarbeiter ist durchgehends, daß die Brauerereien nur durch den sozialdemokratischen Nachweis an Arbeiter bezogen. Dagegen lehnen sich die in den sozialdemokratischen Verbänden organisierten Arbeiter auf. Der Konflikt spitzte sich darauf zu, daß es infolge eines Streiks der sozialdemokratischen Brauerarbeiter in einem Betriebe zu einer Ausbreitung aller sozialdemokratisch organisierten Brauerarbeiter kam. Zahlreiche Arbeiter, die den Streik um seiner Ursache willen nicht billigten, weil er zum Zwecke hatte, andersdenkende Arbeiter aus der Arbeit zu verdrängen, traten in die Betriebe ein. Bis auf sechshundert Stellen war alles wieder besetzt, da lassen die Individualisten die Schlichter befragen und legen ihre Forderungen, besonders die des einseitigen Arbeitsnachweises zurück. Der von der sozialdemokratischen Arbeiterorganisation insgeheim ausgesprochene Vorbehalt wurde zum 5. August aufgehoben beschlossen, während die Brauerereien sich verpflichteten, den 2150 ausgesperrten und streikenden Arbeiter hunderttausend weitere einzustellen und bei Bedarf weitere weitgehend in ihre Betriebe aufzunehmen. Hinführlig drohen die Arbeiter vorläufig außer Acht zu lassen, wenn sie nicht erkennen, daß der Konflikt zu vermeiden gewesen wäre. Die sozialdemokratische Organisation hätte nur das Verlangen zurückzugeben brauchen, was sie zum Schluß ja nun doch tun mußte, daß alle Arbeiter nur durch ihren Arbeitsnachweis zu vermitteln wären. Es ist ein unerhörtes Regimen, sozialdemokratische Arbeiter zu zwingen, sich einer Organisation anzuschließen, der sie innerlich nicht angehören. In der Schweiz, wo das Wort Freiheit noch kein leerer Mahn geworden ist, hat sich die sozialdemokratische Arbeiterorganisation das Recht, sich nach eigenem Willen zu organisieren, nicht nehmen lassen.

In Hamburg spielt sich gegenwärtig ein ähnlicher Vorgang ab. In der großen Piano-Fabrik von Steinway & Sons waren die dort beschäftigten Gewerkschafter für die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter zum Stein des Anstoßes geworden, weil einer ihrer Mitglieder eine liberale Kandidatur für die Wahlen zur Bürgerschaft angenommen hatte. Es kam deshalb zu Konflikten, da der sozialdemokratische Sozialarbeiterverband in Hamburg es durchsetzen wollte, daß die Gewerkschafter aus dem Betrieb entlassen würden. Darauf hat sich die Firma nicht eingelassen. Der Sozialarbeiterverband verlangte, daß die Firma alle neuen Arbeitskräfte durch seinen Arbeitsnachweis besetze. Beim Vergleich des darüber entstandenen Konfliktes wurde vereinbart, daß es der Fabrikleitung frei stehe, im Bedarfsfälle Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis des Sozialarbeiterverbandes zu beschreiben oder auf sonstige Art sich zu beschaffen. Die Firma nahm daher auf Grund ihrer Vereinbarung auch den Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Sozialarbeiter Sirchs Dunder in Anspruch. Davon aber wollten die Sozialarbeiterverbände nichts wissen. Die Dinge spitzten sich von neuem zu, und ein Teil der Sozialarbeiter legte die Arbeit nieder und machte sich dadurch vertriebsfähig. Nicht nur, daß ein Tarifvertrag bestand, der dies hätte unmöglich machen sollen, es kam noch hinzu, daß in der Vereinbarung vom 1. Juni unter Nr. 4 auch die Bestimmung getroffen war, daß alle für die Folge etwa entstehenden Differenzen gleicher Art nicht zu einer Arbeitsniederlegung oder Entlassung von Arbeitern führen dürfen, bevor die Schlichtungscommission ihren Geschäft abgethan habe. Die Arbeitsniederlegung war daher ein Bruch der getroffenen Abmachung. Die im Betriebe beschäftigten Sozialarbeiterverbände weigerten sich, die neu in den Betrieb eingetretenen Arbeiter, sofern sie der Sirchs-Dunder'schen Organisation angehören, anzunehmen. Mit vierstägiger Frist wurde den Verbänden mitgeteilt, daß sie auf Grund der Arbeitsordnung verpflichtet wären, die neu in den Betrieb kommenden Arbeiter anzunehmen. Ausdrücklich hob die Firma hervor, daß die in den Betrieb neu eintretenden Leute lediglich zu dem Zwecke eingestellt würden, die notwendige Erweiterung des Geschäftsbetriebes zu ermöglichen. Die der Firma unterstehende Fabrik, durch die Einstellung neuer Leute alte Arbeiter zu verdrängen, konnte daher mit gutem Gewissen energig zurückgewiesen werden. Ein großer Teil der zum Sozialarbeiterverband gehörenden Arbeiter aber weigerte sich, die von der Firma verlangte Erklärung zu unterschreiben, die ihnen von der Betriebsleitung überwiesenen Arbeiter anzunehmen. So schieden dreihundert Arbeiter aus dem Betriebe aus, in der irrigen Erwartung, die Firma zwingen zu können, nur Mitglieder des Sozialarbeiterverbandes zu beschäftigen.

Die Firma hat in Erfüllung des Vertrages auch Arbeiter bei dem Arbeitsnachweis des Sozialarbeiterverbandes bestellt, aber keine erhalten. Ein großer Teil der Stellen ist inzwischen durch Gewerkschafter besetzt worden, und schon jetzt kann man prognostizieren, daß es den Sozialarbeiterverbänden in Hamburg nicht anders gehen wird, wie es ihren Genossen in Schweden-Konflikt gegangen ist. Die Arbeiter nichtsozialdemokratischer Richtung können es sich nicht gefallen lassen, sich in eine ihnen innerlich fernliegende Organisation hineinzuvingen zu lassen. Wer aus Ueberzeugung Sozialdemokrat ist, der darf verlangen, daß man seine Ueberzeugung respektiert, aber es ist auch eine Pflicht der Sozialdemokraten, die Ueberzeugung anderer andersdenkender Arbeiter in gleichem Maße zu respektieren. Es muß den Arbeitern die Freiheit verbleiben, sich da zu organisieren, wo es ihnen recht erscheint, und friedlich sollen die Arbeiter trotz der Verschiedenheit ihrer politischen und gewerkschaftlichen Gesinnung nebeneinander arbeiten. Wären die Gewerkschaften, wie es die Gewerkschafter sind,

partei- und kirchenpolitisch neutral, so würden solche Konflikte nicht entstehen können. Dann würden wohl auch alle Arbeiter deselben Berufes in ein derselben Organisation organisiert. Der parteipolitische Fanatismus ist der Arbeiterklasse nie förderlich gewesen, hat ihr aber schon manchen schweren Schaden zugefügt. Neuerdings ist wieder einer der besten Gewerkschaftsführer Deutschlands, der Redakteur des Korrespondent für Deutschland Buchdrucker, Verleger, der sozialdemokratischen Individualität zum Opfer gefallen. Ende voriger Woche ist Verhörer aus der Redaktion des Verbandsorgans der Buchdrucker ausgeschieden. In seinem Abschiedswort im Korrespondent gibt Verhörer ein Bild von den Kämpfen, die er mit den Individualisten ausgetüchtelt gehabt hat. Verhörer hat den Buchdruckerverband in den vierzehn Jahren seiner Tätigkeit von 21 000 auf 60 000 Mitglieder heraufbringen helfen. Denn er sorgte dafür, daß die sozialdemokratischen Fanatiker nicht in die Amstater in den Verband hineingehindert wurden. Verhörer weist in seinem Abschiedswort darauf hin, wie ein sozialdemokratisches Blatt bei seinem Rücktritt von dem „Inhalt, das dieser Vorklage angeht“, geschrieben habe und wie ihm auf einer Vorklage geschrieben worden sei: „Für jeden aufrichtigen Freund sowie für jeden leidenschaftlichen Kämpfer für die Sache des internationalen Proletariats muß der Tag, an dem ein solches Individuum wie Sie vom Schauplatz der Redaktion des „Korrespondent“ verschwindet, ein wahrer Freudentag sein.“

Diese Fanatiker müssen einen merkwürdigen Begriff von ihrem Streben nach Freiheit haben. Das Höchste im Menschen bildet sein inneres Leben. Viele Art von Freiheitskämpfern sind in ihrer Individualität exzessiv. Diese Fanatiker sind Arbeiterbewegung wird durch sie nicht gefördert, sondern immer wieder durch neue Konflikte schwer geschädigt. Wir verlangen im Interesse der Arbeiter Freiheit des Denkens für jeden Menschen, daher auch volle Freiheit in der Wahl der Organisation.

Bestellte Arbeit?

Herr Professor v. Schmoller, Mitglied des Herrenhauses, hat in der Wahlrechtsdebatte „börnen“ geschwiegen. Jetzt hat er in seinem Jahrbuch das „räthelhaft“ geschwiegen gebrochen und zur Frage der Wahlreform Stellung genommen. Er erklärt, Herr v. Bethmann Hollweg sei von der Notwendigkeit einer Wahlreform überzeugt und werde den Versuch wiederholen, und er fährt dann fort: „Warum? Weil Preußen als Staat mit dem reaktionärsten Wahlrecht Europas, mit dem Wahlrecht, wobei nur 32,8 von Hundert der Wähler zur Wahlurne zu bringen sind, auf die Dauer die größte politische Gefahr lauft. Jede Verfassung braucht die Zustimmung der Wähler. Die politische Bildung bleibt damit zurück. Ein Teil der Bürger verfallt in politischen Stumpfheit, ein anderer hält sich für verlegt, wird extremen Parteien zugewandt. Das preussische Wahlrecht steht nicht so fern von dem französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1840 zu Revolutionen führte, und ebensowenig vom englischen, das 1832, 1867 erst zu den großen Wahlreformen führte. Wer diese große historische, politische Aufgabe verkennt, ist blind. Wer die verantwortliche Stelle verkennt, das heutige preussische Wahlrecht ist sehr gut, macht sich mit merkwürdiger Lust für künftige große Katastrophen.“

Professor v. Schmoller ist natürlich ein Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, aber er verlangt die Direkte und geheime Wahl. Er fordert Herrn v. Bethmann Hollweg auf, eine Vorlage einzubringen, die weiter geht als die vorige, und sagt dann: „Wenn Herr v. Bethmann Hollweg freilich nicht mit dem entschlossenen Mute an die Aufgabe herantritt, eventuell auch gegen die Konservativen, wie einst Bismarck, zu handeln, so überläßt er besser die Aufgabe einem neuen Ministerpräsidenten... Nicht ohne Sorge sieht der Patriot in die Zukunft. Die Wahlreform aber muß kommen. Wenn die Monarchie mit einem geschickten, gemäßigten, über den Parteien und Klassen stehenden Beamtenministerium nicht durchführt, so wird die demokratische Bewegung sie in die Hand bekommen. Nur diese beiden Möglichkeiten stehen zur Wahl.“

Niemand wird sich wundern, daß Herr v. Schmoller vom Reichstagswahlrecht nichts weiß, aber woher weiß er, daß der Reichstagsminister von der Notwendigkeit einer Wahlreform überzeugt ist. Sollte er den Auftrag, aber ist ihm nahegelegt worden, dies zu erklären?

Großparitätische „Bauernfreunde“.

Die engbrüsig wie der Herren Großgrundbesitzer gegen die kleinen Leute auf dem Lande im alltäglichen Leben vorgehen, zeigt folgende Mitteilung der Korrespondenz des Bauernbundes:

„In diesem Jahre könnten in den großen Formen Pommerns recht große Blaubereenernten geerntet werden, wenn — die Blaubereenernten eben gepflückt werden dürfen! Mit wenigen Ausnahmen aber haben die Großgrundbesitzer das Beerenspinnen in ihren Gärten verboten, da durch die Beerenspinner das Bild verjagt werden soll! Von einigen Fortbesitzern sind „Beerensammelscheine“ für einen bestimmten Termin — etwa acht Tage — ausgegeben worden, wenn aber diese Zeit in die größte Regenperiode fiel, so war das eben nicht Schuld derjenigen, die die Erntebildscheine für lautes Geld an die Dorfweihen ausgaben. Wenn einige Stadtkinder mit recht grobem Fortbesitzer aber immer noch die Erlaubnis zum Beerensammeln ausgeben, so darf man doch wohl den Grund dafür nicht darin suchen, daß etwa das „Häbische“ Bild weniger scheu ist! Das Verbot des Beerensammelns ist eine Erscheinung der letzten Jahre. Vor noch einem Jahrzehnt wurden Blaubereenernten und Preiselbeeren in Pommern in Gegenden eingetretet! Blaubereenernten werden zwar noch in einigen Gegenden, wo man humaner denkt, und der Landbevölkerung den Beerenschnitt gönnt, in großen Mengen geerntet und zum Händler fort aufgeführt. Daß der früher so billige Artikel nun um mehr als das fänfachte verteuert worden ist, nimmt weiter nicht wunder. Dasselbe gilt von den Preiselbeeren, die immer in größeren Mengen aus Schweden eingeführt werden. Das Geld geht ins Ausland, während ein gut Teil Rationalvermögen im Walde ungenützt verrotten und verfaul.“

Der Jagdsport geht diesen Herren über alles, und sie kennen keine Rücksichten. Aber Herr Dr. Preber ist ein Mann, der seine Energie widmet dem Wohl der Fürsorge des Bundes der Landwirte für den Bauernstand!

Öffnet die Grenzen!

Die „Mörlische Zeitung“ erhält vom nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Rachen folgendes Telegramm: „Ich bin im Landwirtschaftsministerium wegen der Reichsreform an der Arbeit. Die Abänderung des Ministeriums werden Anfang August die Verhältnisse an Ort und Stelle durch den Regierungs- und Veterinärat Rachenmann unterlegt werden, mit dem ich konferieren und den ich teilweise begleiten werde.“ Das ist nicht zu einer Öffnung der Grenze kommt, dafür sind das allmähliche Großgrundbesitzer Jorgen.

Der Streik der Werftarbeiter.

Die Ansicht, daß der Werftarbeiterausstand in Hamburg größere Dimensionen annehmen wird, hat sich rasch bestätigt. Mittwoch abend fand in Bremen eine Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, die sich mit dem schließlichen Beschlüssen der Werftarbeiter einverstanden erklärte. Die Bremer Werftarbeiter werden sich der von Hamburg ausgehenden Bewegung anschließen. In Stettin sind die Arbeiter bis zu diesem Augenblick noch nicht mit irgendwelchen Forderungen an die Geschäftswelt herangetreten. Der Streik auf den Hamburger Werftarbeiter werfen umficht etwa 7 000 bis 8 000 Arbeiter. Die Arbeiter der kleineren Reparaturwerkstätten werden dem Streik nicht beitreten, da diese keine Forderungen gestellt haben.

Weshalb?

Ein geistlicher Schulverbandsvorsteher weigerte seinen geistlichen (1) Kreisinspektoren im Rebanante den Bericht, wie er den Erziehungsausschuss innerhalb des Gemeinderates über den Verlauf der Schulverbandsverwaltung und der höheren Behörden in Angelegenheiten des Schulverbandes Rechenschaft schuldig sei. Auf Beschwerde des Kreisinspektors hat die betreffende Regierung entschieden, daß dieser Vorsteher des Schulverbandsvorstehers sei und ihm somit Befehle erteilen dürfe. Der Schulverbandsvorsteher, entschuldigt mit der Schulleitung nichts zu tun haben, Befehle vom Kreisinspektoren respektieren soll, fragt darob bei der „Kreuzzeitung“ an: „Weshalb muß neben ihm (dem Landrat) der Kreisinspektoren den Verbandsvorsteher kontrollieren und regieren?“ Ja, weshalb? Die Verlehrschaft hat schon lange gefragt: Weshalb muß neben den beiden Schulverbandsvorstehern der geistliche Kreisinspektoren und regieren? Aber es scheint so, als wenn die Geistlichen erst am eigenen Leibe den Segen zu vieler Aufsicht verspüren müssen, ehe sie zu der Einsicht kommen, daß es nicht so unbegründet ist, wenn die Verlehrschaft immer wieder fragt: Weshalb?

Der Sommerurlaub der Angestellten.

Zu diesem in unserem Beiratsartikel in Nr. 359 der Berl. Volks-Ztg. erwähnten Kapitel stellt uns ein älterer Vetter mit, daß es in England seit langer Zeit Gebrauch ist, besonders jedem Angestellten jährlich zwei Monate Urlaub zu geben, das heißt, er wird ihm zugewandt — er muß ihn nehmen! Es können daher dort solche umfangreichen Unterschleife und Buchführungen, wie sie in Deutschland oft an der Tagesordnung sind, nicht vorkommen. Denn jeder andere an die Bücher kommt, müssen sich Urregelmaßstab ein bald herausfinden. Der Kaiser mag daher eher gar nicht, sich auf die gleiche Ebene zu begeben, die ihn doch nur zu bald zu Falle bringen würde! — Bei uns in Deutschland sind Unterschleife jahrelang und oft in erstaunlicher Höhe möglich, weil hier aus der in unserm Artikel geschilderten fleimlichen und falschen Sparjamkeit vielen Beamten kein Sommerurlaub gegeben wird.